

Beschlussempfehlung und Bericht des Verteidigungsausschusses (12. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Alexander Graf Lambsdorff, Renata Alt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 19/5833 –**

Einsetzung einer Enquete-Kommission zur Einsatzbereitschaft der Bundeswehr

A. Problem

Dem Bericht zur materiellen Einsatzbereitschaft der Hauptwaffensysteme der Bundeswehr von Februar 2018 sei zu entnehmen gewesen, dass es weiterhin große Schwierigkeiten bei der Ausstattung der Bundeswehr mit geeignetem Material gebe. Ausweislich der Berichte des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) zu Rüstungsangelegenheiten würden Projekte häufig deutlich verspätet zulaufen, seien teilweise erheblich teurer und würden weniger leisten können, als vertraglich vereinbart. Kritik an der Ausstattung, an den zu langsam wirkenden Trendwenden sowie am Klarstand der Hauptwaffensysteme werde auch durch den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, den Deutschen Bundeswehrverband sowie durch den Bundesrechnungshof geäußert. Nach Ansicht der Antragsteller sei die Einsetzung einer Enquete-Kommission der richtige Weg, um substanzielle und wirksame Lösungsansätze zu finden und umzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/5833 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2019

Der Verteidigungsausschuss

Wolfgang Hellmich
Vorsitzender

Henning Otte
Berichterstatter

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatter

Rüdiger Lucassen
Berichterstatter

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatterin

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Henning Otte, Dr. Fritz Felgentreu, Rüdiger Lucassen, Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann, Dr. Alexander S. Neu und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/5833** in seiner 65. Sitzung am 22. November 2018 zur Beratung an den Verteidigungsausschuss überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller begehren die Einsetzung einer Enquete-Kommission „Einsatzbereitschaft der Bundeswehr“ durch den Deutschen Bundestag gemäß § 56 GO-BT. Die Kommission solle über Haushaltsmittelsteigerungen hinaus Mittel und Wege finden, die Streitkräfte wieder in die Lage zu versetzen, allen ihren verfassungsmäßigen Aufgaben vollumfänglich und zeitgerecht nachkommen zu können. Dabei wäre ihre Aufgabe, Schwachstellen in der aktuellen und künftigen materiellen Ausstattung der Bundeswehr zu identifizieren und zu ermitteln, wie diese Lücken geschlossen werden könnten, zu prüfen, wie der aktuelle Beschaffungsprozess effizienter gestaltet und beschleunigt werden könne, damit Beschaffungsvorhaben weitgehend im veranschlagten Zeit- und Kostenrahmen blieben, sowie den Personalumfang der Bundeswehr zu beurteilen und zu klären, wie die Bundeswehr im Hinblick auf demographische Entwicklungen und Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt genügend qualifizierten Nachwuchs generieren könne. Eine solche Enquete-Kommission sollte aus 17 Mitgliedern des Deutschen Bundestages und 17 nicht dem Bundestag oder der Bundesregierung angehörenden Sachverständigen bestehen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Verteidigungsausschuss** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, AfD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/5833.

Im Verlauf der Ausschussberatung erklärt die **Fraktion der CDU/CSU**, für das Thema der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr sei in erster Linie das Verteidigungsministerium zuständig. Außerdem werde im Ausschuss diese Thematik mit Fachleuten diskutiert. Die Bundeswehr müsse im Hinblick auf Material, Personal und Finanzen besser werden. Es bedürfe dazu eines breiten parlamentarischen Willens, entsprechende finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Die **Fraktion der SPD** hebt hervor, dass die im Antrag genannten Aufgaben einer einzusetzenden Enquete-Kommission, wie etwa Schwachstellen zu identifizieren oder den Personalumfang der Bundeswehr zu beurteilen, bereits durch den Verteidigungsausschuss als Gremium wahrgenommen und dort diskutiert würden. Es bedürfe daher nicht der Einrichtung einer mit Experten bestückten Enquete-Kommission. Vielmehr bestünde dann die Gefahr, sich als Parlament in exekutive Angelegenheiten hineinzubegeben und die eigentliche Funktion, nämlich Kontrolle der Regierung, aus den Augen zu verlieren.

Die **AfD-Fraktion** verweist darauf, dass die im Antrag genannten Aspekte und Aufgaben in den Verteidigungsausschuss gehörten und originär seinen Auftrag umfassten. Dort würden bereits in vielfältiger Weise Themen behandelt, die direkt oder indirekt die Einsatzbereitschaft betreffen. Durch die Einrichtung einer Enquete-Kommission bestünde die Gefahr, dass Themen dorthin aus dem originär zuständigen Verteidigungsausschuss verlagert würden.

Die **FDP-Fraktion** betont, es gebe veränderte sicherheitspolitische Realitäten, über die transparente, gesamtgesellschaftliche Diskurse geführt werden müssten. Vor dem Hintergrund der Aussetzung der Wehrpflicht sei die Wahrnehmung der Öffentlichkeit über die Bundeswehr reduziert bzw. von Skandalen geprägt. Das Know-how des Verteidigungsausschusses reiche allein nicht aus, um die zukünftigen Herausforderungen der Bundeswehr zu

meistern. Insbesondere müsse sich mit Experten und Fachleuten darüber unterhalten werden, wie die Bundeswehr in Zukunft aufgestellt werden solle, um den veränderten außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen zu begegnen. Nicht zuletzt von unabhängiger Seite sei geraten worden, dass sich auch Sachverständige mit dem Thema Einsatzbereitschaft der Bundeswehr befassen sollten.

Die **Fraktion DIE LINKE** stellt fest, dass der mit der Einrichtung einer Enquete-Kommission verfolgten Zielsetzung, Einfluss auf die Gestaltung der Welt durch eine in Auslandseinsätzen aktive Bundeswehr zu nehmen, nicht zugestimmt werden könne. Die Linksfraktion kritisiere diese Form der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und befürworte hingegen, die Bundeswehr als reine Verteidigungsarmee aufzustellen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärt, für die im Antrag dargestellten Anliegen der Antragsteller durchaus Verständnis zu haben, allerdings sei eine Enquete-Kommission hierfür nicht das taugliche Mittel. Vielmehr sei es der Kernauftrag des Verteidigungsausschusses, über die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu diskutieren. Dennoch sei es durchaus sinnvoll, auch den Rat von externen Experten einzuholen, was etwa in Form einer öffentlichen Anhörung verwirklicht werden könnte. Dies sei vorzuzugswürdiger als die Einrichtung eines neuen Gremiums, das Ressourcen binde und in das Diskurse auch leicht abgeschoben werden könnten.

Berlin, den 13. Februar 2019

Henning Otte
Berichterstatte

Dr. Fritz Felgentreu
Berichterstatte

Rüdiger Lucassen
Berichterstatte

**Dr. Marie-Agnes
Strack-Zimmermann**
Berichterstatte

Dr. Alexander S. Neu
Berichterstatte

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatte